



Dagmar
Enkelmann



Diana Golze



Kirsten
Tackmann



Lothar Bisky



Wolfgang
Neskovic

SPD-Fraktionsspitze verhindert Mehrheit im Bundestag für Mindestlohn
Von Kirsten Tackmann

Erneut verhinderte die SPD-Fraktionsspitze die Einführung eines Mindestlohnes - obwohl es im Bundestag eine parlamentarische Mehrheit dafür gegeben hätte jenseits erzwungener Fraktionsdisziplin. Der Erhalt der Koalition ist der SPD offensichtlich wichtiger als die Verantwortung für hunderttausende Beschäftigte, die zu Hungerlöhnen arbeiten. Dank der von unserer Fraktion beantragten namentlichen Abstimmung am Donnerstag im Bundestag kann sich aber niemand hinter seiner Fraktion verstecken.

Die Einführung von Lohnuntergrenzen auf der Basis von Tarifverträgen gehört auch zu den Forderungen DER LINKEN. Nach dem Willen von Müntefering sollen nur bestimmte Branchen in das Entsendegesetz aufgenommen werden. Wir dagegen fordern: 8 Euro sind für alle das Mindeste. Die Ausweitung des Entsendegesetzes ist für uns kein Weg zum Mindestlohn. Lohnsubventionen, wie von der CDU favorisiert, verdrängen nur reguläre, nicht subventionierte Beschäftigung, statt mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Mit ihrem Abstimmungsverhalten haben die Abgeordneten der SPD, die gegen den von unserer Fraktion eingebrachten Antrag gestimmt haben, gegen den Text gestimmt, für den sie selbst Unterschriften sammeln wollten. Damit haben sie eine parlamentarische Mehrheit für dieses wichtige Anliegen verhindert. Nicht wir, sondern sie haben damit das Thema parteipolitisch instrumentalisiert – gegen die Interessen der Hunderttausende, deren Existenz trotz Arbeit nicht gesichert ist! Unser Erfolg ist es, dass damit das Thema aber noch lange nicht beendet ist!



http://www.cicero.de/pic_gal/1093421232.gif

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Aktuelles Thema der Sitzungswoche zum

Antrag DIE LINKE:: „Deutschland braucht Mindestlöhne“

Die SPD ruft zur Beteiligung an einer Unterschriftenkampagne für Mindestlöhne auf. DIE LINKE. teilt die wesentlichen Aussagen des SPD-Aufrufs und übernimmt sie in den vorliegenden Antrag. Die SPD-Fraktion wird damit vor die Entscheidung gestellt, sich im Bundestag für oder gegen ihr eigenes Plädoyer für Mindestlöhne auszusprechen.

Drs. 16/4845

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7715367417_1604845.pdf

Abstimmungsergebnis der namentlichen Stimmung Mindestlöhne

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7771865037.pdf>

Pressemittellungen und weitere Info's zum Thema:

von Werner Dreibus

„SPD stimmt beim Mindestlohn gegen sich selbst“

<http://www.linksfraktion.de/pressemittteilung.php?artikel=1296613499>

Mindeslohnpapier der Fraktion

http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1723364544

Flugblatt zum Mindestlohn

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7704060182.pdf>

Aktueller Beitrag zur aktuellen Stunde der Sitzungswoche:

zu dem Thema „Haltung der Bundesregierung zur drohenden Altersarmut in Deutschland aufgrund des zu geringen Rentenniveaus“

Redebeitrag dazu von Dagmar Enkelmann:

(Auszug)

Es war wenig davon zu hören, was Sie dagegen tun wollen. Ich frage mich, wie blind man eigentlich sein muss, um nicht zu sehen, was so offenkundig ist. Ich denke, man braucht nicht erst die OECD-Studie, um zu wissen, dass es in diesem reichen Land Altersarmut gibt, dass es also längst Menschen gibt, die in Armut leben. Das ist in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik ein Skandal.

Weiter unter:

http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user_upload/Presseerklarungen/Quartal_3_2007/ParlalnIs_Neu_12.6.07.pdf



Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Pressemitteilungen der Landesgruppenmitglieder

Lothar Bisky: <http://www.lothar-bisky.de/>

Dagmar Enkelmann: <http://www.dagmar-enkelmann.de/>

Rente für DDR-Ballett-Mitglieder nicht länger hinauszögern

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1240034208>

Plaudern aus dem Berufsleben muss erlaubt sein

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1204766681>

Diana Golze: <http://www.diana-golze.de/>

Wolfgang Neskovic: www.wolfgang-neskovic.de/

Verfassungswidrige Provokation

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1235193244>

Deutschland muss seine Blockade und Sabotage bei der Aufklärung der Renditions-Praxis aufgeben

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1236090735>

Sinnlose Gewalt hat über die Versammlungsfreiheit gesiegt

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1246522499>

Entscheidung des OVG Greifswald verletzt das Grundgesetz

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1299493927>

„Geheime Kommandoaktion“ in der Union

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1242942741>

Kirsten Tackmann: www.kirsten-tackmann.de

Bio muss Bio bleiben

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1223335718>

28 Millionen Euro für nichts – Agro-Gentechnik kein Jobmotor

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1244661905>

Besteuerung von Prostituierten: Nehmen ohne zu geben ?

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1237514449>

Menschenhandel bekämpfen - Rechtsstellung der Opfer stärken

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1257375198>

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Anträge in der Sitzungswoche DIE LINKE.:

Gesetzentwurf zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für politisch Verfolgte im Beitrittsgebiet und zur Einführung einer Opferrente (Opferrentengesetz)

Drs. 16/4846

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7788504696_1604846.pdf

Antrag „Anerkennung und Wiedergutmachung der deutschen Kolonialverbrechen im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika“

Drs. 16/4649

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7734524822_1604649.pdf

Antrag „Einsatz des Kommandos Spezialkräfte in Afghanistan beenden“

Drs. 16/4674

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7727378608_1604674.pdf

Antrag „Das Mandat für die Operation Enduring Freedom beenden – Einsätze des Kommandos Spezialkräfte in Afghanistan einstellen“

Drs. 16/121

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7794510087_1600121.pdf

Antrag zur Schaffung eines europäischen Kartellamtes

Drs. 16/5360

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7785197921_1605360.pdf

Antrag „Für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Verfassung der Europäischen Union“

Drs. 16/3402

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7757380447_1603402.pdf

Antrag „Auswirkungen des Zuwanderungsgesetzes sofort evaluieren“

Drs. 16/1204

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7788864357_1601204.pdf

Antrag „Für einen umfassenden Schutz religiös Verfolgter in der Bundesrepublik Deutschland“

Drs. 16/4487

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7794470892_1604487.pdf

Antrag „Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge beim Zugang zum Arbeitsmarkt gleichstellen“

Drs. 16/4907

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7776738298_1604907.pdf

Antrag „Für Humanität und Menschenrechte statt wirtschaftlicher ‚Nützlichkeit‘ als Grundprinzipien der Migrationspolitik“

Drs. 16/5108

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7730710286_1605108.pdf

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Weitere Beiträge der Woche

Von Dr.Lothar Bisky

Neuregelung der GEZ-Befreiungstatbestände

Die geltenden Regelungen für die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht stellen ausschließlich darauf ab, ob der Nutzer oder die Nutzerin eines Rundfunkgerätes aufgrund eines förmlichen Bescheides Empfänger von abschließend geregelten sozialen Leistungen ist. Dies geht an den herrschenden Realitäten völlig vorbei. Menschen mit geringen Einkommen haben dadurch keine Möglichkeit auf die Befreiung von der GEZ-Gebühr. Betroffen sind nicht nur Geringverdiener, Studierende und solche Bezieherinnen oder Bezieher von Niedrigrenten, die bewusst auf Sozialleistungen verzichten, sondern auch Arbeitslose in Hartz IV mit Zuverdienst.



<http://www.ruthe-reklamiert.de/bilder/gez.jpg>

Unakzeptabel ist auch die von der Bundesagentur für Arbeit und der Gebühreneinzugszentrale geübte Verwaltungspraxis. Für anspruchsberechtigte Arbeitslosengeld-II-Bezieher (Hartz IV ohne Zuschlag) hat diese zur Folge, dass sie sich teilweise mehrfach im Jahr um eine Befreiung selbst bemühen müssen. Mit dem Antrag auf Gebührenbefreiung muss jeweils der Bewilligungsbescheid im Original oder in beglaubigter Kopie eingereicht werden. Erfolgt die Einreichung nicht fristgerecht vor Ablauf des vorangegangenen Bewilligungszeitraumes, so wird automatisch der Quartalsbeitrag in Höhe von 51,09 Euro fällig. Anträge auf rückwirkende Erstattung werden in der Praxis nicht gewährt.

Um diese unhaltbaren Zustände zu beenden, hat DIE LINKE. im Deutschen Bundestag den Antrag „Neuregelung der GEZ-Befreiungstatbestände – Neuverhandlung des Rundfunkgebührenstaatsvertrages“ eingebracht:

Antrag zu: *Neuregelung der GEZ-Befreiungstatbestände – Neuverhandlung des Rundfunkgebührenstaatsvertrages*

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7783308763_1605140.pdf